

Antrag

Initiator*innen: Tim Dollnik (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **Heißer Herbst und kalte Räume - Putins
Angriffskrieg als Ursache benennen**

Antragstext

1 Am Morgen des 24.02.2022 passierte das, was für Jahrzehnte in Europa nicht mehr
2 für möglich gehalten wurde. Über 150.000 russische Soldat*innen überqueren die
3 Grenze und überfallen die Ukraine, zerstören ganze Städte und töten
4 Abertausende. Spätestens seit der Befreiung von Butcha durch die ukrainische
5 Armee ist klar, dass Putins Soldat*innen Massaker an der Zivilbevölkerung
6 verüben.

7 Auch innenpolitisch unterdrückt Putin jeden Widerstand der Zivilgesellschaft und
8 zwingt junge Menschen, ohne Ausbildung oder adäquate Ausrüstung, ihr Leben an
9 der Front für Putins Angriffskrieg zu lassen.

10 Die Grüne Jugend Berlin steht in voller Solidarität mit der Ukraine. Слава
11 Україні!

12 Importierte Energiekrise – danke Merkel

13 Gleichzeitig hat der russische Angriffskrieg auch viele Auswirkungen in
14 Deutschland. Nachdem der von uns geforderte Stopp von Gasimporten aus Russland
15 ausblieb, senkte Putins selbst die Gaslieferungen drastisch ab und drehte uns
16 Russland den Zugang zu billigem Gas am 07. September schließlich ganz ab.
17 Dadurch gelangt endlich kein deutsches Geld mehr für Gas in Putins Kriegskasse.
18 Aufgrund der jahrelangen enormen von der GroKo vorangetriebenen Abhängigkeit
19 Deutschlands von russischem Gas stieg als Folge aber auch der Gas- und auch der
20 Strompreis massiv an, Millionen Menschen wissen nicht, wie sie durch den Winter

21 kommen sollen.

22 Die stark gestiegenen Energiepreise steigern auch die Produktionskosten für
23 viele Lebensmittel. Hierzu kommt, dass die Ausfuhr von Nahrungsmitteln wie
24 beispielsweise Sonnenblumenöl durch die Blockade der ukrainischen
25 Schwarzmeerhäfen durch Russland für mehrere Monate unmöglich war, was die Preise
26 zusätzlich anstiegen lies. Die Folge dieser Faktoren ist eine Inflation von
27 10,0% im September im Vergleich zum Vorjahr.

28 Dies trifft insbesondere Menschen mit geringen Einkommen,
29 Sozialhilfeempfänger*innen, Studierende und Rentner*innen, die bereits vor dem
30 Krieg nur über begrenzte finanzielle Mittel verfügten und sich nun fragen
31 müssen, ob sie sich den Gang zum Supermarkt überhaupt noch leisten können.

32 In dieser Zeit braucht es einen starken Staat, der hier den Menschen und der
33 Wirtschaft aktiv unter die Arme greift, und nicht einen, der die Schuldenbremse
34 als kompromissloses, jedoch veraltetes Dogma vor sich herträgt.

35 **Die Bundesregierung macht – aber sie macht nicht genug**

36 Die Regierung und die grünen Minister*innen haben mit Hinblick auf Energiekrise
37 und Inflation Maßnahmen ergriffen, welche wir aus Klimaschutzperspektive
38 ablehnen. Zu nennen ist beispielsweise die Entscheidung, Kohle- und
39 Atomkraftwerke für die Versorgungssicherheit länger als ursprünglich geplant
40 weiterzubetreiben. Auch die Entlastungspakete sind aus unserer Sicht zwar
41 grundsätzlich richtig, jedoch in vielen Punkten sehr pauschal und nach dem
42 Gießkannenprinzip ausgekehrt, anstatt gezielt die Menschen zu unterstützen,
43 welche die Unterstützung am meisten benötigen.

44 Für diese Forderung gehen wir im Herbst auf die Straße, um gemeinsam für mehr
45 Gerechtigkeit und Unterstützung für diese Menschen zu kämpfen.

46 Die Grünen Jugend Berlin erkennt jedoch ausdrücklich an, dass die Ursache der
47 Energiekrise und der Inflation und dadurch auch die Grundlage der Entscheidungen
48 der unserer Regierung in Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg liegt. Diesen
49 verurteilen wir zutiefst und vollumfänglich.

50 Gleichzeitig unterstützen wir grundsätzlich, dass die Regierung bemüht ist, die
51 Energiekrise und die Inflation, mit welchen noch vor 8 Monaten niemand gerechnet
52 hatte, abzufedern und die Menschen zu entlasten – auch wenn wir in vielen
53 Punkten nicht übereinstimmen.

Begründung

Viele Akteur*innen von ganz rechts bis ganz links haben einen "heißen Herbst" ausgerufen, in welchen sie gegen die Energiekrise und Inflation auf die Straße gehen wollen. Auch wir wollen beispielsweise gemeinsam mit der Initiative "Genug ist Genug" dafür kämpfen, dass Heizen weiterhin bezahlbar bleibt.

Leider wird der "heiße Herbst" auch von einigen Menschen instrumentalisiert und die Existenzängste Vieler missbraucht, um pro-Putin Propaganda zu verbreiten und ein Ende der Unterstützung der Ukraine und der Sanktionen gegen Russland zu fordern. Diese Bestrebungen kommen von ganz rechts wie der #NoAfD, aber auch aus Teilen der SPD und zuletzt sehr prominent und mindestens genauso beschämend von Sarah Wagenknecht aus der Linksfraktion, als sie im Bundestag Robert Habeck vorwarf, einen Energiekrieg mit Russland begonnen zu haben.

Für uns ist klar: wir lassen uns nicht instrumentalisieren und stehen absolut an der Seite der ukrainischen Bevölkerung. Aus diesem Grund ist es extrem wichtig, immer wieder klar zu benennen, wer der Verursacher der Energiekrise und der Inflation in Deutschland ist: Vladimir Putin und sein völkerrechtswidriger Angriffskrieg in der Ukraine.